



Friedrich I. setzt sich im Schloß zu Königsberg die Krone auf.

markierte eine weitere Stufe im Niedergang des Alten Reichs, das zumindest noch über eindrucksvolle Rituale und Zeremonien verfügte, wie Goethe sie aus Anlaß der Kaiserkrönung Joseph II. in „Dichtung und Wahrheit“ eindrucksvoll beschrieben hat. /3/ „Ex me mea nacta corona“, die königliche Würde aus eigener Machtvollkommenheit anzunehmen und der



Der preußische König Wilhelm I. wird zum deutschen Kaiser ausgerufen.

politischen Welt zu überlassen, sich damit abzufinden, /4/ – für den in der Reichstradition wurzelnden Zeitgenossen mußte die Selbstkrönung Friedrichs I. befremdlich wirken. Hinzu kommt, daß der erste König durchaus nicht die Größe und Herrschertugenden seines Vaters, des Großen Kurfürsten, sowie seiner beiden Nachfolger, des Soldatenkönigs Friedrich Wilhelm I. und Friedrich des Großen, besaß. Ihm wurden vielmehr Prunksucht, Verschwendung und Eitelkeit nachgesagt. „Statt der Staatsräson regierte die

Hofkabale.“ /5/ Andererseits stehen die Gründung der Universität Halle (1694) und der Preußischen Akademie der Wissenschaften für die Pflege der Kunst und Wissenschaften (1700), an denen freilich die spätere Königin Sophie Charlotte einen großen Anteil hatte.

Die Rangerhöhung des brandenburgisch-preußischen Herrschers konnte damals im Interesse seines Ansehens in Europa als eine politische Notwendigkeit erscheinen. Die rivalisierenden Nachbarn in Hannover und Sachsen, der eine durch Erringen der Kurwürde und durch die nicht lange darauf verwirklichte Aussicht auf den englischen Thron, der andere durch die Erwerbung der polnischen Krone, hatten einen bedeutenden Schritt auf der Leiter der internationalen fürstlichen Rangordnung nach oben getan. Mit dem Ansehen wurde auch die innere Einheit des preußischen Staates durch die Annahme der Königswürde gefördert. „Der neue König nannte sich zwar – eine Fassung, auf die man nach langen Erwägungen gekommen war – „König in Preußen“, weil Polen, das ja noch den westlichen Teil des alten Ordenslandes beherrschte, gegen den Titel: „König v o n Preußen“ Einspruch erhoben haben würde; aber er war nun König und zeigte sich als solcher auch außerhalb des „Königreichs Preußen“. Man sprach fortan von einer königlich preussischen Armee; in allen Provinzen trugen die Regierungen und die übrigen Behörden die Bezeichnung königlich.“ /6/

REICH UND PREUSSEN SEIT 1871

Der Jahrestag der Königskrönung hat 170 Jahre später durch die Gründung des zweiten Reichs, des Deutschen Kaiserreichs als Nationalstaat, im Spiegelsaal des Versailler Schlosses, eine zusätzliche nationalpolitische Bedeutung erhalten. Das preussische und das deutsche Schicksal wurden nun endgültig miteinander verkoppelt. Der preussische König wurde in Personalunion Kaiser der Deutschen, der preussische Ministerpräsident war faktisch der einzige, der das Amt des Reichskanzlers übernehmen konnte, die preussische Wehrverfassung wurde auf das Reich übertragen und die preussische Ministerialbürokratie substituierte die anfangs nur rudimentär vorhandene Reichsadministration. Historiker vermerken die Verpreußung des Reiches; so werden preussische Großmannssucht und preussischer Expansionsdrang für den deutschen Imperialismus verantwortlich gemacht. Dem steht auf der anderen Seite die Auffassung gegenüber, daß Preußen im Reich aufgegangen sei. Noch während der Zeit des Norddeutschen Bundes wurde unter der Hand in Diplomatenkreisen kolportiert, daß Bismarck den ganzen preussischen Staat zerstöre. /7/

DAS ENDE PREUSSENS

Für manchen Historiker und Publizisten ist daher der preussische Staat bereits 1871 untergegangen, nicht erst 1947, als er durch den Alliierten Kontrollratsbeschluß endgültig aufgelöst wurde. /8/

Dieser Beschluß von 1947, mit Preußen den Hort des Militarismus und Nationalismus aufzulösen, war die letzte einheitliche Willensbekundung der vier Siegermächte. Preußen wurde zum Hauptschuldigen an der katastrophalen deutschen Fehlentwicklung erklärt, die zur Herrschaft des Nationalsozialismus, zur Entfesselung des Zweiten Weltkrieges und zum Holocaust geführt hatte.

1947 existierte Preußen längst nicht mehr. Man kann seinen Untergang am ehesten mit dem sogenannten Preußenschlag, den Putsch des reaktionären Reichskanzlers Franz von Papen gegen die preußische Regierung am 20. Juli 1932, ansetzen. Denn damals wurde das stärkste Bollwerk gegen das Bündnis der alten Eliten mit der ungeduldig zur Macht drängenden nationalsozialistischen Bewegung aus dem Weg geräumt. Und nicht nur dieser Übergriff als solcher, sondern das Ausbleiben jeglicher Gegenwehr gegen diesen Gewaltakt macht deutlich, daß Preußen sich selbst aufgegeben hatte. Der Tag von Potsdam am 21. März 1933, als der Diktator in Cut und Zylinder gemeinsam mit Reichspräsident Hindenburg in der Uniform des Generalfeldmarschalls in der Garnisonskirche, der Grabstätte Friedrichs des Großen, der preußischen Tradition huldigte, war eine bloße Maskerade.



Die bekannte Collage John Heartfields (Helmut Herzfelde) auf dem Titelblatt der britischen Picture Post vom 9. September 1939.

Will man stattdessen das Ende Preußens bereits auf das Jahr 1871 datieren, so dürfte es schwerfallen, die Merkmale und den Charakter des Bismarckreichs angemessen zu beschreiben. Natürlich hängt die Beantwortung dieser Frage davon ab, was man unter Preußen versteht. Preußen war nie lediglich ein Staat unter ande-

ren, sondern immer auch ein Kunstprodukt, eine geschichtliche Konstruktion. Später wurde Preußen für viele zur Legende. Hat es Preußen überhaupt gegeben? Das ist durchaus bestritten worden, zumindest in bezug auf einen als zu einheitlichem Handeln befähigten Staat. „Es gab Monarchen, Machteliten, das Diktat einer militärisch und machtpolitisch definierten Staatsräson und die unentrinnbare Tyrannei der Knappheit. Preußen als Handlungselement ist nichts als eine Abstraktion“. /9/

DAS PREUSSENBIELD NACH 1945

Nach 1945/49 dominierte in beiden deutschen Staaten eine Abwehrhaltung gegenüber Preußen. Das Berliner Stadtschloß wurde 1951 als preußisches Symbol zerstört. Allerdings hat man beim Aufbau der Nationalen Volksarmee Anleihen an preußischer Militärtradition, an Uniformen und am Paradestechschritt nicht gescheut. Die Bundesrepublik war mit ihrer Westorientierung, ihrer katholisch-abendländischen Wertorientierung und mit ihrem anfänglichen Antimilitarismus gewissermaßen die Antithese zu Preußen. Der jüdisch-konservative Historiker Julius Schoeps war mit seiner Beschworung des „Anderen Preußens“ in den fünfziger Jahren zunächst ein einsamer Rufer. /10/ Er verwies auf den christlich-konservativ geprägten Rechtsstaat, der von dem Bismarckschen Machtstaat aus der Sichtbarkeit verdrängt worden sei. Kronzeuge für sein Preußen war der Gerlach-Kreis, der eng mit Magdeburg verbunden ist. In den Augen Ernst-Ludwig von Gerlachs war die Bismarcksche Nationalstaatsgründung ein Rechtsbruch, die Zerstörung des Legitimitätsdenkens und christlich-konservativer Wertvorstellungen. /11/ Legt man die Maßstäbe Gerlachs an, dann ist Preußen tatsächlich 1866 untergegangen. Aber das von Schoeps beschworene Preußenbild ist auch für die Zeit vor 1866 eine Legende.

Golo Mann hat 1968 vor dem Hintergrund der tiefgreifenden Generationskrise der alten Bundesrepublik darauf hingewiesen, daß Preußen keine freie Gesellschaft zugelassen habe. „Der Staat war nicht für die Menschen und die Gesellschaft da, sondern der Staat war für den Staat und die Größe des Staates da.“ /12/ Das ist insoweit zutreffend, als die Preußen in der großen Mehrheit bis 1918 Untertanen geblieben sind und die Staatsräson in Preußen überragende Bedeutung hatte, so daß sich auch ein Monarch wie Friedrich der Große als erster Diener seines Staates verstanden hat, was als ein Wesenszug des aufgeklärten Absolutismus anzusehen ist.

Golo Mann hat damals einen kühnen Zusammenhang zwischen von Preußen her nachwirkenden Begriffen wie Obrigkeit, Zucht und Ordnung und der 1968 verabschiedeten Notstandsverfassung herstellen wollen. So bestreitbar die Parallele in diesem konkreten Fall ist, so sinnfällig ist der größere Zusammenhang. Einer der besten Kenner des frühmodernen Preußen, Gerhard



Ernst-Ludwig von Gerlach (1795-1877), Präsident des Oberlandesgerichtes Magdeburg von 1844-1874, Jurist und konservativer preußischer Politiker

Oestreich, hat auf die Sozialdisziplinierung als das politische und soziale Ergebnis des monarchischen Absolutismus hingewiesen. /13/ Damit ist gemeint, daß die preußische Gesellschaft konsequent nach dem Staatsinteresse normiert worden ist, mit klaren Rollenzuweisungen an die Stadt- und Landbevölkerung sowie an die Stände und Klassen der Bevölkerung. „Daß Preußen es von kleinen und bescheidenen Anfängen an so weit



Kurfürst Friedrich Wilhelm der Große (1640-1688)



Nach einer Radierung von Daniel Chodowiecki (1776):
Wie ein ehrlicher Mann (re.)
und wie ein Schurke (li.)
Prügel empfangen.

bringen konnte, das war doch nur dadurch möglich, daß es über innere Eigenschaften, moralische Kräfte verfügte, die den übrigen deutschen Einzelstaaten abgingen. Mochte in denen des Westens und des Südens ein reicheres, mannichtigeres und intensiveres Kulturleben blühen, – in Preußen zuerst von ganz Deutschland wurde der Untertan einer straffen und harten staatlichen Zucht und kriegerischen Schulung unterworfen, die letzten Grundes nicht selbstsüchtigen dynastischen Zwecken diene und die ihn zu den höchsten Leistungen und Opfern für das Gemeinwohl gewöhnte und befähigte“, so Felix Rachfahl 1919, /14/ in einer Situation, als der preußische Großstaat durch die Novemberrevolution in die Geschichte verabschiedet worden zu sein schien.

DIE PREUSSISCHE MILITÄRVERFASSUNG

Die Existenz Preußens stand und fiel, das ist oftmals betont worden, mit einem starken Heer. Vom Grafen Mirabeau – Fontane hat es zitiert – stammt das Aperçue: Preußen ist kein Staat, der eine Armee hat, sondern eine Armee, die einen Staat hat. Die Voraussetzungen dazu hat der Große Kurfürst 1659 geschaffen, indem er die politischen Rechte der Stände, vor allem das Recht zur Geldbewilligung, aufhob und die Stände, d. h. vor allem den grundbesitzenden Adel, in die Militär-, Staats- und Sozialverfassung einband. Der Soldatenkönig Friedrich Wilhelm I. hat dieses System dann mit dem Kantonsreglement auf eine feste Grundlage gestellt. /15/ Dem Adel wurden die Offiziersstellen übertragen und den Hauptleuten Kantone für die Rekrutierung der Mannschaften zugewiesen. Der bäuerlichen und unterbäuerlichen Bevölkerung wurde eine faktisch unbegrenzte Wehrpflicht auferlegt. Den Offizieren war es überlassen, den Bedarf an militärischen Anforderungen bzw. an Feldarbeit der Bauern auszubalancieren und nach ihrem eigenen Interesse zu definieren. Hier wird der Begriff Sozialdisziplinierung sehr konkret. Die Werbung externer Söldner mit z. T. brutalen Methoden wurde zwar nicht abgeschafft, im Umfang aber erheblich eingeschränkt, da die Kantonswehrpflichtigen ungleich zuverlässiger waren. Die Gutsbesitzer verfügten zudem noch über die Polizei- und Justizgewalt gegenüber der Landbevölkerung. /16/

Diese Militärverfassung hat die Kriegsstrategie und Expansionspolitik im 18. Jahrhundert möglich gemacht. Die Eroberung Schlesiens im Jahr 1740 hatte allerdings weitere Kriege zur Folge, in deren Verlauf die Existenz des preußischen Staates mehrfach auf der Kippe stand, am deutlichsten gegen Ende des Siebenjährigen Krieges, als der Tod der russischen Kaiserin Elisabeth und die Thronbesteigung des Friedrichbewunderers Zar Peter III. Preußen vor der Niederlage bewahrte, das berühmte „Miracle des Hauses Brandenburg“.

In der Katastrophe von Jena und Auerstädt 1806 wurde die Unterlegenheit dieser Militärverfassung gegenüber der auf der ‚levée en masse‘ beruhenden Revolutionsarmeen evident. Die preußischen Reformer Boyen, Scharnhorst und Gneisenau haben zu der „Linie“, dem stehenden Heer, die Landwehr hinzugefügt, das Standesprinzip durch Bildung ersetzen wollen und die entehrenden Körperstrafen abgeschafft. Die Freiwilligen in der Armee von 1812/13 sind der Kern der neu entstehenden Nationalbewegung geworden.

Allerdings hat sich der militärische Reformgeist nicht auf Dauer behauptet. Die Landwehr, die das städtische Bürgertum an die Armee herangeführt und den Graben zwischen ziviler und militärischer Gesellschaft zwar nicht aufgehoben, aber doch verengt hatte, wurde spätestens seit der Revolution von 1848 zurückgedrängt. Und es gelang nicht, die Armee in das Verfassungssystem einzufügen, sie blieb vielmehr bis 1918 weitge-

hend extrakonstitutionell. So sehr es zutrifft, daß der preußische Staat ohne das preußische Heer nicht entstanden wäre, so trifft es doch nicht minder zu, daß die spätere politische Entwicklung Preußens und Deutschlands in weit größerem Maße als in anderen Ländern von der Organisation der Armee, ihren Verhältnissen zum Souverän und dem Willen ihrer Führer abhing. /17/

Bis zum Ende des Kaiserreichs dominierte das Militär in der Gesellschaft, wie es im Hauptmann von Köpenick so trefflich karikiert worden ist. Im Drang nach dem Reserveleutnant-Patent paßte sich die bürgerliche Gesellschaft dem Militärkodex an, wenn auch die sogenannte Refeudalisierung im Verlauf des Kaiserreichs häufig überzeichnet wurde. Es entsprach auch ganz dem preußischen Militärg Geist, wenn sich die Reichswehr der Republik verweigerte, und sich nach dem gescheiterten Kapp-Putsch auf sich selbst, als Staat im Staate, zurückzog. Gegen diese reaktionäre und perspektivlose Einstellung rebellierten später zahlreiche junge Offiziere, verbunden mit Sympathien für den Nationalsozialismus, dem willfährige Führer wie der General von Blomberg zur Macht verhalfen. Es dauerte bis 1938, daß sich hiergegen Widerstand zeigte, der sich ganz wesentlich auf preußische Traditionen und Wertvorstellungen berief.

BILDUNG

Mit der Rolle der Armee und dem sozialen Militarismus verbindet sich die Metapher von der Armee als Schule der Nation. Die dreijährige Wehrpflicht bzw. der einjährige Dienst der Bürgersöhne unterwarf die jungen Männer dieser Schule, ganz abgesehen von der Kriegsteilnahme und der sich später in den Kriegervereinen fortsetzenden Indoktrination. Die Armee war aber nicht die einzige Schule der Nation. Preußen war der erste größere Staat,

der die allgemeine Schulpflicht einführte und die Alphabetisierung abschloß. Allerdings war die Qualität der Schulbildung höchst unterschiedlich, wobei ein riesiges Gefälle zwischen den Städten, in denen sich ein gegliedertes Schulsystem mit Gymnasien, Realschulen und Volksschulen entwickelte, und dem Land, wo die ein- bis zweiklassige Dorfschule mit z. T. über 200 Schülern pro Lehrer nichts Ungewöhnliches war. Die Schule ist, wie man das bezeichnet hat, erst gegen Ende des 19.

Jahrhunderts verstaatlicht worden, was heißt, daß die Schulaufsicht den Kirchen entzogen und fachlich ausgebildeten Schulräten übertragen wurde, Lehrpläne aufgestellt und die Lehrerbildung mit Präparandenanstalten und Seminaren standardisiert sowie Mindestgehälter durch staatliche Zuschüsse gewährleistet wurden. Der „Zwölfender“, d. h. der aus dem Militärdienst entlassene Unteroffizier, blieb nicht länger der Prototyp des Lehrers. Mit der verbesserten Ausbildung und der Entstehung von Lehrer-Verbänden professionalisierte sich der Berufsstand. Die Akademisierung der Lehrerausbildung blieb aber der Weimarer Republik vorbehalten. /18/

Die Überwindung der tiefgreifenden Krise der Universitäten Ausgangs des 18. Jahrhunderts ist



In einer preußischen Schule um 1717
(nach einer Zeichnung von Johann Peter Hasenclever)



Uniformen der Stammtruppenteile des Infanterie-Regiments Prinz Louis-Ferdinand von Preußen (2. Magdeburgisches) Nr. 27
Musketier und Offizier vom alten Regiment Prinz Ludwig Ferdinand (1795)
Jäger vom Reich'schen Jägerbattalion (1813)
Jäger vom Hellwig'schen Freikops (1813)
Musketier des Reservebattalions vom Elb-Infanterie-Regiment (1814)
(v. li. n. re.)

ein Ergebnis der preußischen Reformen, speziell der Humboldtschen Universitätsgründung von 1810. Hier wurden die Leitideen der Bildung durch Wissenschaft, der Einheit von Forschung und Lehre und der Versöhnung von Staatsaufsicht und Autonomie verwirklicht. Diese Gründung blieb das Leitbild bis in die 60er Jahre des 20. Jahrhunderts, als die Massenuniversitäten mit der Aufrechterhaltung der Humboldtschen Vorstellungen immer mehr überfordert wurden.

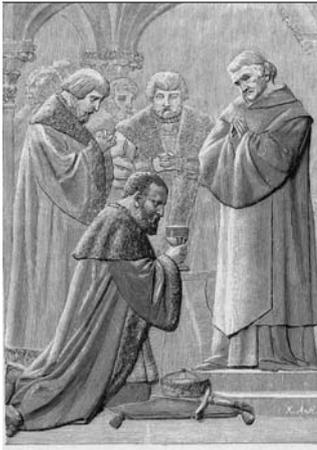
Die Universitäten galten – gegen Ende des 19. Jahrhunderts ergänzt um die aus Initiativen des 1856 in Alexisbad gegründeten Vereins Deutscher Ingenieure entstandenen Technischen Hochschulen – im europäischen Maßstab als führend. Seit 1911 wurden diese Hochschulen durch die naturwissenschaftlich orientierten Forschungsinstitute der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft ergänzt, die international modellhaft waren, eine frühe Form des ‚public-private-partnership‘. Ob preußisch oder mehr reichsdeutsch geprägt, ist müßig zu differenzieren, immerhin entwickelte sich hier, maßgeblich gefördert durch den Kaiser und mit privatem, besonders jüdischem Mäzenatentum finanziell getragen, ein modernes System der Wissenschaftsförderung. /19/

DIE KIRCHEN SEIT DER REFORMATION

Bis 1918 blieb für Preußen die Einheit von Thron und Altar kennzeichnend. Die preußischen Könige waren Träger des landesherrlichen Kirchenregiments bzw. des Summepiskopats, der sich gewissermaßen aus der Umbruchsituation der Reformation ergeben hatte. /20/ Diese Struktur hat sich bis 1918 gehalten, was gewiß nicht immer ein Segen für die Kirche war. Erschwert wurde die Wahrnehmung dieser Funktion durch den Übertritt des Kurfürsten Johann Sigismund zum reformierten Bekenntnis im Jahre 1608. Der dadurch entstehende konfessionelle Gegensatz zu den lutherischen Untertanen wurde später ein Motiv für das Toleranzgebot, das sich seit dem Potsdamer Edikt von 1685 mit der Einladung an die französischen Hugenotten, in Preußen Zuflucht zu suchen, durchsetzte, wobei das Einwanderungsland Preußen auch ein außerreligiöses, nämlich innovationsgeleitetes Interesse an dem Zustrom von Ausländern hatte, die das Land besiedelten und neue Techniken und Produkte einführten. Katholiken und Juden wurden allerdings erst wesentlich später gleichberechtigt behandelt. Im Zuge des wachsenden Staatsinteresses an einer starken Integration der Gesellschaft setzte Friedrich Wilhelm III. im 300. Jubiläumjahr der Reformation 1817 die Union zwischen der lutherischen und der reformierten Kirche durch, die zwar keine Bekenntnisunion sein wollte, aber doch einen starken Vereinheitlichungsdruck ausübte.

Eine Folge des landesherrlichen Kirchenregiments war das sogenannte Staatskirchentum, d. h. die Abhängigkeit der kirchlichen Organe von staatlichem Einfluß. Im 18. Jahrhundert waren die Kirchenbehörden fast vollständig in

der Staatsverwaltung aufgegangen. In langsamen Schritten wurden sie seit Beginn des 19. Jahrhunderts rekonstituiert und um Synodalorgane ergänzt, die aber über ein begrenztes Mitspracherecht nicht hinaus kamen. Außerdem spiegelte sich in den Synoden der große Einfluß der Kirchenpatrone, in der Mehrzahl Adelsvertreter. Daneben tat sich in der Landeskirche ein klaffender Graben zwischen der bekennnistreuen Orthodoxie und dem liberalen Kulturprotestantismus auf. Die Landeskirche konnte sich nicht vom Gängelband des Staates befreien, was ihrem Ansehen in der Gesellschaft schadete, am meisten bei der Arbeiterbevölkerung, welche die Kirche mit der staatlichen Repressivpolitik weitaus mehr als berechtigt identifizierte. /21/ Die christliche soziale Bewegung des preußischen Hofpredigers Adolf Stöcker war um die Sammlung breiter, überwiegend kleinbürgerlicher Schichten bemüht und schreckte in ihrer Frontstellung gegen die Liberalen vor antisemitischen Stereotypen nicht zurück. Auf der anderen Seite versuchte der kulturprotestantisch orientierte Evangelisch-soziale Kongreß eine Gesprächsverbindung zu den Sozialdemokraten herzustellen. Nicht zu vergessen ist die Entstehung der großen Werke der inneren Mission Wicherns, Bodelschwinghs und anderer, die aber überwiegend patriarchalische Konzepte verfolgten und deshalb der Kritik von liberaler und sozialdemokratischer Seite ausgesetzt waren.



Joachim II. nimmt am 1. November 1539 aus den Händen des Bischofs Matthias von Jagow in der Nikolaikirche zu Spandau das heilige Abendmahl in beiderlei Gestalt (Brot und Wein) an.



Wanderarbeiterinnen beim Rübenhacken in Zens bei Schönebeck ca. 1930

KULTURKAMPF UND MINDERHEITENPOLITIK

Zur sprichwörtlichen Toleranz Preußens mag der Kulturkampf der 70er Jahre des 19. Jahrhunderts nicht recht passen. Gewiß, hier handelt es sich um eine letzte Aufgipfelung der jahrhundertelangen Auseinandersetzungen zwischen kirchlichem Bevormundungsanspruch und säkularem Staat, der nicht nur und nicht zuerst in Preußen, sondern auch in katholischen Staaten ausgetragen worden ist. Der Kulturkampf im Reich bzw. in Preußen – die Ebenen lassen sich hier gar nicht sinnvoll trennen – ist ganz wesentlich von Bismarck geprägt worden. Er richtete sich gegen die 1870 neu entstandene Zentrumsparterie, die das bisherige, von Konservativen und Liberalen bestimmte Parteiensystem nachhaltig kompli-

zierte. In den östlichen Provinzen Westpreußen und Posen knüpfte sich in Bismarcks Wahrnehmung die konfessionelle Spaltung mit dem Nationalitätenegegensatz, der sich im modernen Nationalstaat mit ganz anderer Vehemenz zu Wort meldete. Die preußische Polenpolitik, welche die Mittel der Sprachenerlasse in den Schulen, Enteignung von Grund und Boden sowie Ausweisungen einsetzte, war von der traditionellen Toleranz des Aufklärungsstaats weit entfernt. Ihre Schroffheit erklärte sich auch aus der Überschuldung der ostelbischen Rittergüter, die ohne direkte oder indirekte Subventionen nicht auskamen, noch weniger aber auf polnische Wanderarbeiter verzichten konnten, denen aus nationalpolitischen Gründen aber ein dauerhaftes Aufenthalts- und Arbeitsrecht verweigert wurde. Zusätzlich wurden sie aufgrund dieser Rechtlosigkeit häufig das Opfer dubioser Schlepperdienste. /22/

NATION UND NATIONALSTAAT

Die staatsbildende Kraft war in Preußen immer ausgeprägter als die der Nationsbildung. Die Nation entwickelte sich aus ihren mittelalterlichen Anfängen seit Mitte des 15. Jahrhunderts zur modernen Nation, wobei Klassik und Aufklärung, das sich ausbreitende Presse-, Verlags- und Vereinswesen ebenso eine Rolle spielten wie die sich verdichtenden Kommunikationsverhältnisse. Die Nation war auf das alte Reich bzw. den deutschen Kulturraum bezogen oder wie E. M. Arndt gedichtet hat: „soweit die deutsche Zunge klingt und Gott im Himmel Lieder singt“! Im Zuge der Erhebung gegen das napoleonische Frankreich bildete sich aber auch der Begriff preußische Nation aus, ohne daß dies explizit als Gegensatz zur Reichsnation empfunden wurde. /23/

Mit dem Scheitern der Nationalstaatsbildung 1815 ging die Initiative auf die Einzelstaaten über, die durch erfolgreiche Modernisierungs- und Reformpolitik Identifikationsangebote an ihre Bevölkerung machten, etwa durch die Gewährung von Verfassungen. Preußen hat die Einlösung seines dreifach bekräftigten Verfassungsversprechens zwar verweigert, aber es legitimierte sich mit beträchtlichem Erfolg durch seine erfolgreiche Finanz- und Wirtschaftspolitik. Motor dieser Entwicklung war das liberale Beamtentum, das in Preußen nach einem Wort Hegels einen Ersatz für die nicht vorhandene Nationalpräsentation darstellte.

Die Revolution von 1848 scheiterte mit dem Ziel der Verwirklichung des Nationalstaates, obwohl sich die Paulskirche unter dem Druck der realen Verhältnisse für die kleindeutsche Lösung entschieden hatte und den faktischen Ausschluß Österreichs in Kauf nahm. Friedrich Wilhelm IV. aber verweigerte die Annahme der Kaiserkrone und besiegelte damit das Scheitern der Revolution. Das im März 1848 unter dem Druck der Masse abgegebene Versprechen: „Preußen geht fortan in Deutschland auf“, blieb uneingelöst.

Ein Jahrzehnt später aber glaubte sich der spätere König Wilhelm I. aus der Sackgasse der Reaktion nur durch die Selbstverpflichtung zu befreien, Preußen müsse moralische Eroberungen in Deutschland machen. Die wieder auflebende Nationalbewegung begab sich freiwillig in die Führungshand Preußens und stellte sich schließlich auch auf den Boden des Bismarckschen Nationalstaates, der soweit wie möglich die preußische Identität, das preußische Machtinteresse und die Besitzinteressen seiner führenden Schichten wahrte. Auf der einen Seite sorgte die liberale Mehrheit des Reichstags, die Bürokratie und das Bürgertum für die Entwicklungsdynamik des Industriezeitalters, auf der anderen Seite blieb die Stellung der alten Macht- und Besitzeliten unangetastet. Das Dreiklassenwahlrecht des preußischen Abgeord-



netenhauses, das ursprünglich verschwinden sollte, bewahrte den größten Teil der inneren Entwicklung Preußens vor dem modernen Wind der Veränderung. Das gilt vor allem für das platte Land. Hier hörte der preußische Staat nach wie vor beim Landrat auf, der halb Adelsvertreter, halb Staatsbeamter war. Die ländlichen Distrikte blieben bis 1918 das eigentliche Preußen.

Natürlich unterlag Preußen, der Staat ebenso wie seine Gesellschaft, dem rapiden historischen Wandel. Die Effizienz seiner Verwaltungsbehörden war eine Voraussetzung dafür, die seit der Hochindustrialisierung neu entstehenden Planungs-, Wohlfahrts- und Versorgungsaufgaben schneller und besser zu bewältigen. Der soziale Interventionsstaat hat starke preußische Wurzeln, nicht zuletzt in der Idee des sozialen Königtums. Ferner hat die Rechtsstaatstradition auch zu einer Verrechtlichung der Arbeitskonflikte geführt – eine der Voraussetzungen dafür, daß die Sozialdemokratie, die von vornherein eine starke staatssozialistische preußische Prägung hatte, sich ungeachtet ihrer sozialrevolu-

Werbealbum der Eisengießerei von Hermann Gruson in Magdeburg Buckau ca. 1863



Der Magdeburger Pastor und Dichter Heinrich Möwes (1793-1834) verleiht seiner Preußenbegeisterung in Versform Ausdruck.

tionären Ideologie in den Staat integrierte und seit 1917 zu einem Eckpfeiler der Entwicklung des demokratischen Sozialstaats wurde.

Die trotz aller Staatsbegünstigungen unvermeidliche Verschärfung der ökonomischen Rückständigkeit der preußischen Agrarbesitzer führte zu einer Radikalisierung der Interessenpolitik und letztlich zu einer Zerstörung des preußischen Konservatismus. Der Weg führte über die Vaterlandspartei von 1917 in die Harzburger Front vom Oktober 1931. Dagegen ist der völkische Nationalismus ebensowenig wie der Sozialdarwinismus oder der alldeutsche Expansionsdrang direkt auf preußische Traditionen zurückzuführen. Flottenpropaganda und imperialistische Befürchtungen, beim „Kampf um den Platz an der Sonne“ zu kurz zu kommen, sind eher mit Tendenzen des Reichsliberalismus verbunden.

Einige Worte zu Magdeburg in der Preußenzeit und zur Provinz Sachsen.

Die Stadt Magdeburg hat ihre Eingliederung in Preußen nach dem Westfälischen Frieden nicht gerade mit Begeisterung aufgenommen, da sie damals eine reichsunmittelbare Stellung anstrebte. Die vom Kurfürsten Friedrich Wilhelm geforderte Erbhuldigung verweigerte die Stadt ebenso wie die Aufnahme einer brandenburgischen Garnison. 1666 fand der Kurfürst aber eine günstige Gelegenheit, seine Forderungen mit Gewalt durchzusetzen. Auf einen bewaffneten Widerstand wollte und konnte sich die Stadt nicht einlassen. Im Vergleich von Kloster Berge, der übrigens die Unterschrift des Bürgermeisters Otto von Guericke trägt, willigte die Stadt in die beiden Forderungen ein. Brandenburgische Truppen besetzten die Zitadelle.

Auch 1815, bei der Annexion der nördlichen Teile des sächsischen Königreichs und ihrer Inte-

gration in die neue preußische Provinz Sachsen (1816), hatte man feststellen können, daß Preußen außer dem Aufbau einer funktionierenden Staatsadministration wenig getan hatte, um sich die Loyalität der neuen Untertanen zu verdienen. Ein preußischer Beamter konnte bereits nach kurzer Zeit nach Berlin berichten: „Mit großem Vergnügen kann ich Eurer Durchlaucht ganz gehorsamst versichern, daß die Stimmung der Sachsen in den neuen Provinzen mit jedem Tag zugeneigter wird, und daß es gewiß nur noch der völligen Einführung unserer Verfassung und der Segnungen des bald zu hoffenden allgemeinen Friedens bedarf, um die Untertanen zu den treuesten und zuverlässigsten preußischen Staatsbürgern zu machen.“ Selten sind, so hat man geurteilt, „neuerworbene Gebietsteile so rasch und reibungslos in ihrem neuen Staatenverbände aufgegangen, wie die in der Provinz Sachsen zusammengefaßten nichtpreußischen Landesteile“. /24/

Freilich blieb dabei offen, wie tief die von den neuen Untertanen bewiesene Loyalität ging und ob sie sich auf die Dauer als krisenfest erweisen würde.

Die Grenze zwischen West- und Ostelbien ging mitten durch die Provinz Sachsen. Sie scheidet zwei in ihren sozialen Strukturen ganz unterschiedliche Gebiete, die bis 1918 sich kaum angenähert haben. Die Provinz Sachsen hatte teil an der ostelbischen Gutsbesitzstruktur, repräsentierte aber auch das mittlere, relativ wohlhabende Bauerntum. Der Gegensatz zwischen Stadt und Land war hier weit weniger ausgeprägt als in Pommern oder im östlichen Brandenburg. Die Landbevölkerung hatte teil an der industriellen Entwicklung, vor allem der industriellen Verarbeitung der Agrarprodukte, wobei namentlich auf die Zuckerfabriken zu verweisen ist, die häufig als Aktiengesellschaften gegründet wurden, mit den Bauern als Aktionären. Die Mittellage im Reich machte die Provinz zum Ort zahlreicher Verbands- und Vereinstage. Parteipolitisch war die Provinz eher gemäßigt, weder ein Hort der Kon-



SPD-Parteitag 18.-24. September 1910 in Magdeburg. Clara Zetkin und Rosa Luxemburg auf dem Weg zum Tagungsort.



Uniformen des Infanterie-Regiments Prinz Louis Ferdinand von Preußen (2. Magdeburgisches) Nr. 27 1815-1895
 Offizier 1815
 Musketier-Unteroffizier 1815
 Füsillier Offizier 1844
 Musketier 1844
 Stabsoffizier 1895
 Gefreiter 1895

servativen noch der Liberalen. Extremisten wie die Antisemiten faßten hier nicht Fuß. In den städtischen Wahlkreisen gewannen seit dem Fall des Sozialistengesetzes die Sozialdemokraten an Boden. Die Stadt Magdeburg war von starken Gegensätzen geprägt: der lange anhaltende Festungsstadtcharakter und die starke Präsenz der preußischen Armee auf der einen Seite, die liberalen Traditionen, seit der in der Aufklärungstradition wurzelnden Halleschen Universität, die in den 40er Jahren des 19. Jahrhunderts in der Lichtfreunde-Bewegung mündeten, das unternehmerische Bürgertum, der preußische Verwaltungssitz mit Ober- und Regierungspräsident, schließlich die Sozialdemokratie, die nach 1918 die Kommune kulturell und politisch dominierte. Während die SPD in Magdeburg zu den rechtsstehenden Mehrheitssozialdemokraten gehörte, war die mit der chemischen Industrie im Süden expandierende linke USPD revolutionär eingestellt und an den blutigen Unruhen der frühen 20er Jahre in Mitteldeutschland beteiligt.

In Magdeburg verschärften sich die Gegensätze im Lauf der zwanziger Jahre. In dieser Stadt wurde einerseits 1919 der Stahlhelm-Bund der

Frontsoldaten gegründet wie andererseits 1924 das Reichsbanner, die militant wehrhafte Organisation der Sozialdemokraten, Gewerkschaften und Demokraten zur Verteidigung der Weimarer Demokratie. Die sozialdemokratischen Oberbürgermeister Hermann Beims und Ernst Reuter repräsentierten den sozialdemokratischen Einfluß in den zwanziger Jahren, der bis zur Machtübernahme durch die Nationalsozialisten anhielt.

Der historisch-räumliche Ort der Provinz Sachsen in der preußischen Geschichte ist noch genauer zu beschreiben, ebenso seine Nachwirkung auf das Regionalbewußtsein. Landeshistoriker und Publizisten neigen zur Trennung der Ebenen, die im Bewußtsein und in der Wahrnehmung der Menschen nicht zu unterscheiden sind. Regionalgeschichte muß die Ebenen der National-, und preußischen Geschichte ebenso wie die verschiedenen Territorialstaaten, der Städte, Gemeinden, Landsmannschaften berücksichtigen. Soweit es um Regionen innerhalb Preußens geht, muß sie zuerst nach dem Ganzen fragen, bevor sie sich der Geschichte der Provinz zuwenden kann.

Quellennachweis

- /1/ Frankfurter Allgemeine Zeitung, Nr. 15 vom 18. 01. 2001
 /2/ Ebd.
 /3/ Goethe, Johann Wolfgang von, Dichtung und Wahrheit, Bd. 9 der von Erich Trunz kommentierten Gesamtausgabe, 11. Aufl. München 1989, S. 189ff.
 /4/ „Von irgendwelchen Zugeständnissen an die katholische Kirche war keine Rede; der päpstlichen Kurie ist von dem Krönungsakt überhaupt keine Anzeige gemacht worden“. Hintze, Otto, Die Hohenzollern und ihr Werk. Fünfhundert Jahre vaterländische Geschichte, Berlin 1916, S. 261-263.
 /5/ Ebd., S. 265.
 /6/ Ebd., S. 264.
 /7/ Goldschmidt, Hans, Das Reich und Preußen im Kampf um die Führung, Berlin 1931; Pollmann, Klaus Erich, Parlamentarismus im Norddeutschen Bund 1867-1870, Düsseldorf 1985, S. 433ff.
 /8/ Grundsätzlich dazu: Blasius, Dirk, Preußen in der deutschen Geschichte, in: ders., Preußen in der deutschen Geschichte, Königstein 1980, S. 9-46.
 /9/ Stürmer, Michael, Preußen: Mythos und Widerspruch, zit. n. Blasius, a.a.O., S. 10.
 /10/ Schoeps, Hans-Joachim, Das Andere Preußen. Konservative Gestalten und Probleme im Zeitalter Friedrich Wilhelms IV, Stuttgart 1952.
 /11/ Gerlach, Ernst Ludwig von, Die Annexionen und der Norddeutsche Bund. (1866)
 /12/ Mann, Golo, zit. n. Blasius, S. 16.
 /13/ Oestreich, Gerhard, Strukturprobleme des europäischen Absolutismus, in: Vierteljahrsschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, Bd. 55, S. 329-347.
 /14/ Rachfahl, Felix, Preußen und Deutschland in Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft, Tübingen 1919, S. 29.
 /15/ Büsch, Otto, Militärsystem und Sozialleben im alten Preußen 1713-1807. Die Anfänge der sozialen Militarisierung der preußisch-deutschen Gesellschaft, Berlin 1962.
 /16/ Berdahl, Robert M., Preußischer Adel: Paternalismus als Herrschaftssystem, in: H. J. Puhle u. H.-U. Wehler (Hg.), Preußen im Rückblick, Göttingen 1980, S. 123-145.
 /17/ Craig, Gordon A., Die preußisch-deutsche Armee 1640-1945, 3. Aufl. Königstein 1980.
 /18/ Neugebauer, Wolfgang, Das Bildungswesen in Preußen seit der Mitte des 17. Jahrhunderts, in: O. Büsch (Hg.), Handbuch der Preußischen Geschichte, Bd. II, Berlin, New York 1992, S. 605-798.
 /19/ Vierhaus, Rudolf u. vom Brocke, Bernhard (Hg.), Forschung im Spannungsfeld von Politik und Gesellschaft. Geschichte und Struktur der Kaiser-Wilhelm-/Max-Planck-Gesellschaft, Stuttgart 1990.
 /20/ Hintze, Otto, Die Epochen des evangelischen Kirchenregiments in Preußen, in: ders., Regierung und Verwaltung. Gesammelte Abhandlungen zur Staats-, Macht- und Sozialgeschichte, hg. v. G. Oestreich, Göttingen 1967, S. 56-96.
 /21/ Pollmann, Klaus Erich, Landesherrliches Kirchenregiment und soziale Frage. Der Evangelische Oberkirchenrat der altpreußischen Landeskirche und die sozialpolitische Bewegung der Geistlichen nach 1890, Berlin, New York 1973.
 /22/ Wehler, Hans-Ulrich, Polenpolitik im Deutschen Kaiserreich 1871-1918, in: ders. Krisenherde des Deutschen Kaiserreichs, Göttingen 1970, S. 184-202; Bade, Klaus J., Politik und Ökonomie der Ausländerbeschäftigung im preußischen Osten 1885-1914, in: Preußen im Rückblick, S. 273-299.
 /23/ Conze, Werner, Die deutsche Nation. Ergebnis der Geschichte, Göttingen 1963; Büsch, Otto u. Sheehan, James (Hg.), Die Rolle der Nation in der deutschen Geschichte und Gegenwart, Berlin 1985; Dann, Otto, Nation und Nationalismus in Deutschland 1770-1990, München 1993.
 /24/ Pollmann, Klaus Erich, Nationalisierung, Borussifizierung und Landesbewußtsein, in: J. John (Hg.), „Mitteldeutschland“. Begriff, Geschichte, Konstrukt, Rudolstadt, Jena 2001, S. 127-134 (Dort die Zitaternachweise).

**Prof. Dr. Klaus Erich Pollmann**

studierte Geschichte, Germanistik und Politische Wissenschaft an der Philipps-Universität Marburg und der FU Berlin, war von 1967 bis 1972 wissenschaftlicher Assistent an der Ludwig-Maximilians-Universität München und an der Technischen Universität Braunschweig, promovierte 1971 zum Dr. phil. und erhielt 1978 seine Venia legendi für Neuere Geschichte. 1990/91 hatte der Autor

Gastprofessuren an der Hebrew University of Jerusalem, Israel, und an der State University Nebraska-Lincoln, USA, inne. Die Berufung auf die Professur für Geschichte der Neuzeit an der Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg erfolgte 1993. Seit 1998 ist Professor Pollmann Rektor der Otto-von-Guericke-Universität. Er ist Mitglied der Braunschweigischen Wissenschaftlichen Gesellschaft und der Historischen Kommission Sachsen-Anhalt sowie zahlreicher anderer wissenschaftlicher Gesellschaften und Gremien der Stadt Magdeburg und des Landes. Seine Forschungsschwerpunkte sind Verfassungs-, Parlaments- und Parteiengeschichte im 19. und 20. Jahrhundert, der deutsche Protestantismus im 19. und 20. Jahrhundert, Zeitgeschichte und Hochschulgeschichte. Klaus Erich Pollmann ist Autor von acht Monographien und zahlreicher Beiträge in internationalen und nationalen Zeitschriften, Sammelbänden und Handbüchern und hat zahlreiche Herausgeberschaften inne.